

Willy Rüegg, SP

Gemeinderatspräsident
Peter Dolder
Etzelstrasse 61
8820 Wädenswil

Au-Wädenswil, den 10. August 2007

Schriftliche Anfrage betreffend Jugendliche ohne Lehrstellen

Die Lage der Wirtschaft ist sehr gut, doch auch dieses Jahr ist es für manche Jugendliche nicht einfach, eine Lehrstelle zu finden. Das aktuelle Lehrstellenbarometer des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie bringt es an den Tag: Auch dieses Jahr ist das Lehrstellenangebot zu klein um allen interessierten und fähigen Jugendlichen eine Ausbildungschance zu bieten. Es ist deshalb wichtig, genau hinzuschauen und die Situation der Jugendlichen in unserer Stadt zu kennen.

Unsere Stadt will eine umfassende, mit den nötigen Mitteln ausgestattete Jugendarbeit leisten. Diverse Vorfälle und Ereignisse der letzten Monate zeigen, dass dies dringend nötig und absolut sinnvoll ist. Ein wichtiger Bestandteil einer solchen ist es auch, die Entwicklung auf dem regionalen Lehrstellenmarkt zu verfolgen und mit geeigneten Mitteln dafür zu sorgen, dass alle Jugendlichen möglichst nahtlos in weiterführende Ausbildungsangebote oder in die Erwerbsarbeit integriert werden können.

Auf diese Art lassen sich sowohl Armutsrisiken für die Jugendlichen als auch soziale Folgekosten für Gemeinde und Kanton vermeiden. Fehlende Perspektiven in der Arbeitswelt können Ursache für Frustration, Gewaltbereitschaft und fehlendes Engagement für die Gemeinschaft sein. Solche Tendenzen gilt es zu vermeiden.

Ich frage deshalb den Stadtrat an:

1. Wie viele Lehrstellen gibt es in Wädenswil?
2. Wie viele jugendliche Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus Wädenswil gibt es?
3. Wie viele davon haben
 - a. eine Mittelschule angefangen?
 - b. eine Lehrstelle angetreten?
 - c. ein so genanntes Brückenangebot gewählt?
 - d. einen anderen Anschluss an die Oberstufenschule gefunden?
4. Gibt es auch Jugendliche, die keinen Anschluss an die Volksschule gefunden haben? Hat der Stadtrat eine Vorstellung davon, was diese Jugendlichen jetzt tun? Um wie viele Jugendliche handelt es sich?
5. Ist es dem Stadtrat bekannt. Was aus den Jugendlichen geworden ist, die in den Vorjahren keine Lehrstelle und keinen Anschluss an die Volksschule gefunden haben?
6. Was hält der Stadtrat von der Einführung eines „Case Management“, wie es die nationale Lehrstellenkonferenz 2006 in Genf empfohlen hat? Gemäss dieser Idee sollen die einzelnen Jugendlichen aktiv betreut und geführt werden, bis sie in die Erwerbswelt integriert sind. So liessen sich soziale Folgekosten und individuelle Armutsrisiken vermeiden.

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Fragen.